

Kamener Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

20 000 Mk. Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Ersteinst täglich.
Monatlicher Verkaufspreis 4000 Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Fälligkeit der Zeitung gehindert sind, hat der Abonnent kein Anspruch auf Rückerstattung des Verkaufspreises. Für die Abnahme verantwortlich: G. Schaefer, Kamen.

Nr. 53 (1. Blatt)

Connabend, den 3. März 1923

51. Jahrgang

Aufruf an alle Eisenbahner.

(TU) Der Deutsche Eisenbahnverband beschloß in seiner gestrigen Sitzung einstimmig einen Aufruf an alle Eisenbahner zu erlassen, in dem es heißt: Wir appellieren an das Gewissen der Eisenbahner, an die Eisenbahner und ihre Organisationsstellen im In- und Auslande und fordern sie auf, im Namen der Menschlichkeit und Humanität ihre Stimme zu erheben gegen die Barbarei des französischen Vorgehens in der Ruhr. Die Eisenbahner sind die einzigen, die die bisherige mangelhafte Haltung auch fernerhin zu bewahren. Die Güte und der Schutz der Organisation sind ihnen sicher, und die Sympathie aller Menschenfreunde der Kulturwelt dürfte ihnen gewiß sein.

In dem Aufruf heißt es ferner: Neben den Bergarbeitern steht das Personal der Betriebsbetriebe in vorderster Linie und verteidigt sein Recht gegen Willkür und Gewalt. Die Franzosen und Belgier kamen angeblich als Freunde der Arbeiterklasse in das Ruhrgebiet. Mit lebenswichtigen Lebensmitteln und Versorgungsgütern glaubte man die Massen gewinnen zu können. Die aufgeklärte Arbeiter- und Bevölkerung war sich von vornherein bewußt, was sie von dem fremden Militärismus zu erwarten hatten und blieben fest. Dann zeigten die fremden Eroberer ihr wahres Gesicht. Die Belgier kamen zur Anwendung, Mißhandlungen, Verhaftungen und Ausweisungen ohne Rücksicht auf die Frauen, Kinder, Kranken und Gebrechlichen ereignen sich täglich. Die Brutalität übersteigt alle Grenze und hat den Gipfel erreicht in der neuen Verordnung 141 der Rheinlandskommission. Unter Androhung der Todesstrafe sollen die deutschen Eisenbahner in den Dienst der fremden Gewaltthäter gepreßt werden. Wer durch vorläufige Handlungen oder Enthaltung den Eisenbahntransport gefährdet, wird mit dem Tode bestraft. Wer den Eisenbahnverkehr in schwerer Weise oder auf lange Dauer unterbricht, wird mit lebenslangem Zuchthaus oder Gefängnis bestraft. Das dürfte das ungemeinlichste und Grausamste darstellen, was sich in der neuen Epoche der Weltgeschichte bisher ereignet hat. Den offiziellen Vertretern eines großen Kulturvolkes blieb es vorbehalten, ein solches Verbrechen der Schande aufzurichten.

Lieber arm und frei in Deutschland, wie reich und geknechtet in Frankreich.

(TU) Zahlreiche Vertrauensmänner und Vorstandsmitglieder von 45 Jugendabteilungen des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands haben an General Degoutte wegen der Verhaftung des Bergmanns Sieghart auf „Reichs-Regent“ einen Protest gerichtet, in dem es heißt: Wir Bergarbeiter sind es bisher nicht gewohnt gewesen, auf unserer Arbeitsstätte niedergekniet zu werden. Wir sind auch nicht gewillt, uns wie Feinde niederzulegen zu lassen. Wir leben in einem kultivierten Lande und nicht in Wildheit. Sorgen Sie dafür, daß das französische Militär sich dessen bewußt wird. — In einer Konferenz wurde dem Reichskanzler der Dank für die zielbewusste und mannhaftige Verteidigung deutscher Ehre und Freiheit ausgesprochen und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Reichsregierung wie bisher mit allen vernünftigen Mitteln dahin strebt, das gegenwärtige Ringen zu einem gerechten Abschluß zu bringen. In einer Entschließung heißt es: Als Arbeiter wollen wir lieber in einem armen Deutschland frei leben, als in einem reichen Frankreich geknechtet werden. Was kommen, was da will. Wir werden nicht warten. Brutale Gewalt kann wohl unser Leben, aber nicht unsere deutschen Herzen rufen. Boller Zuversicht glauben wir an eine gute Zukunft unseres Vaterlandes.

Nur ein Ziel: das Joch abschütteln.

In Kamen fand auf Veranlassung des Reichs- und Staatskommissars Mehlich mit Pressevertretern und Industriellen eine Besprechung über Wirtschaftsverhältnisse im besetzten Gebiet statt. Der bekannte Großindustrielle Dr. Klöpper aus Dortmund führte u. a. aus: Die Großindustrie denkt nicht daran, sich von irgendeiner Seite einschüchtern zu lassen. Der Wille, durchzuhalten, ist niemals stärker gewesen als jetzt. Es gebe keinen Industriellen, der augenblicklich daran denke, mit dem Feind zu verhandeln. Alle diesbezüglichen Gerüchte sind unwahr. Die Versorgung der Industrie mit Rohmaterial hat bis jetzt noch nicht gelitten. Es sind noch so große Vorräte vorhanden, daß auch die Zufuhr für längere Zeit eingeschränkt werden kann, ohne daß die Produktion stillgelegt werden muß. Arbeitgeber und Arbeitnehmer von Rhein und Ruhr haben nur ein Ziel: das Joch der Fremdherrschaft abzuschütteln. Darüber ist die

Auffassung vollständig gleich. Sie geht dahin, daß zum Verhandeln zwei durchaus gleichberechtigte Parteien gehören. Die Zeiten sind vorbei, wo Deutschland sich dem Besatzer oder sonstwem an den Verhandlungstisch setzte, um zu unterschreiben, was man ihm diktierte. Betreffs der Lebensmittelversorgung ist zu unterscheiden. Von Beginn der Besetzung an haben die Industriellen des Ruhrgebietes einen großen Teil der Kosten dazu verpaidet, um die notwendigen Lebensmittel einzukaufen, wie Getreide, Kartoffeln usw. Der Berliner amerikanische Botschafter hat übrigens mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die amerikanische Regierung eine neue Hungerkollade nicht dulden werde und die Lebensmittelversorgung gegebenenfalls selbst in die Hand nehmen werde. — Auch Reichskommissar Mehlich hob hervor, daß über die Lebensmittelversorgung viel zu viel gesprochen werde. Das sei nicht nötig, denn auf diesem Gebiete seien keine ungünstigen Umstände eingetreten.

Der Kampf gegen die Zollbeamten.

(W) Nach einer Meldung des Mainzer Tageblatts wurden vor einigen Tagen 7 Zollbeamte der Abteilung Verbrauchssteuern von den Franzosen verhaftet und eingekerkert, ebenso zwei Zollbeamte vom Hauptzollamt Wiesbaden. Ferner wurden 6 Postbeamte von den Franzosen festgenommen, darunter zwei Mitglieder des Reichskommissars. Nach der Mainzer Volkszeitung mußte der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates in Wiesbaden früh das Grenzgebiet verlassen.

(W) Die Partier Blätter melden aus Düsseldorf: Da die deutschen Beamten die Vorschriften betreffend die Zollentnahmen umgehen und die Hölle für das Reich einzunehmen versuchen, werden zur Verhinderung der Steuereinnahmen die alliierten Oberkommissare veranlaßt, als Strafmaßnahme eine Erweiterung der Beschlagnahme bezüglich der Einnahme vorzunehmen. Infolgedessen müßten künftig die Steuern für Zigaretten, Zigarren, Tabak und Schaumwein an die alliierten Steuerbüros bezahlt werden. Jede Verletzung der Steuerpflichten ziehe die Gefahr der Schließung ihres Betriebes nach sich. Es werde an die früheren Anordnungen des Kommissars erinnert, nach welchen sämtliche Beamten, Angestellten und Privatpersonen, die den Anordnungen der Besatzungsbehörden Folge leisten, nämlich die Steuerzahlung an die von den Besatzungsbehörden bezeichneten Stellen durchzuführen, unmittelbar unter dem Schutz der alliierten Regierung stehen. — Hierzu wird halbamtlich bemerkt: Bekanntlich hat der Reichskanzler schon früher an seine Beamten die Weisung gegeben, nur Befehlen des Reichsfinanzministers zu gehorchen.

Beschlagnahme von 100 Millionen Verbandsgelder.

(TU) Das Gewerkschaftshaus in Mainz wurde von Franzosen besetzt. Regierungsrat Haaf, der Bezirksleiter des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Roth, ferner die Gewerkschaftssekretäre Böckler, Elinger u. Weder sowie die Eisenbahnangestellten Schmidt u. Gertner wurden mit Familien ausgewiesen und verhaftet. Weitere Angestellte der Eisenbahnverwaltung werden in ihren Wohnungen gesucht. Oberbaurat Lindt wurde verhaftet und Regierungsrat Mittner mit Familie ausgewiesen. Die Verbandsgelder des Deutschen Eisenbahnerverbandes in Höhe von 100 Millionen wurden beschlagnahmt und mitgenommen. Ferner sind die Räume des Flüchtlingsschutzvereins durchsucht, die Mitglieder festgenommen, aber nach kurzer Vernehmung wieder freigelassen worden. In Wiesbaden wurden etwa 10 Telegraphenbeamten und Beamten, die als Mitglieder des Beamtenauschusses und Betriebsrates des Mainzer Postamtes gegen die Ausweisung des Telegraphendirektors Klöpper protestiert hatten, von den Franzosen verhaftet.

Erstürmung des Koblenzer Postgebäudes.

(TU) Gestern mittag gegen 12 Uhr erstürmten französische Kavallerie und Infanterie das Koblenzer Postgebäude, besetzten die Ausgänge und beschlagnahmten die Gelder. Das Personal wurde aufgefordert, das Gebäude zu verlassen, nachdem es sorgfältig auf Geld und Wertsachen untersucht worden war. Der Telegraphenverkehr ist infolgedessen eingestellt, desgleichen die Postverteilung. In Verlastet wurde gestern Postbetriebsassistent Baufert und Oberlandjäger Bonny aus Koblenz festgenommen. Dort wurden sie sofort verhaftet und mit einem Auto fortgeschafft. Sie sind ausgewiesen worden. Traben-Trarbach ist seit gestern nachmittag von 40 Franzosen besetzt die im Radio untergebracht sind.

Betriebseinstellung infolge der Ruhrabschnürung.

(TU) Die strengen Abschnürungsmaßnahmen, welche die Franzosen und Belgier im besetzten Ruhrgebiet vorgenommen haben, machen sich nun

auch im übrigen besetzten Gebiet dadurch bemerkbar, daß die Zufuhr von Kohle und Stroh behindert oder ganz abgeschnitten ist. Die höchsten Holzwerke und die Badische Anilin- und Sodafabrik haben schon Betriebseinstellungen vornehmen müssen.

Der Vater für den Sohn verhaftet.

Der Kirchberg (Sundrath) erfolgten Verhaftungen war ein junger Mann im Orte nicht auffindbar. An seine Stelle wurde der Vater verhaftet. Als dieser sich der Verhaftung widersetzte wurde der alte Mann auf dem Transport ins Gefängnis von einem französischen Offizier fortgesetzt mit der Ausrufung: „Gefängnis!“ In Castellum (Sundrath) wurden vor einigen Tagen ebenfalls mehrere Verhaftungen vorgenommen. Einige der jungen Leute schickten ihren Vätern wurde erklärt, daß sie selbst verhaftet und ausgewiesen würden, wenn sie nicht den Aufenthaltsort der Flüchtlinge angeben oder diese zur Stelle schaffen.

Die Lage im Ruhrgebiet.

(W) Die Verkehrslage ist unverändert. Der Bahnhof Mülheim-Speldorf ist noch besetzt. Das Postamt in Aplerbeck ist seit dem 27. Februar von französischen Soldaten besetzt. Der Postmeister aus Serien und ein Postdirektor aus Reddinghausen sind gestern zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die in Essen erscheinende mehrheitssozialistische Essener Arbeiterzeitung ist bis zum 15. März von den Franzosen verboten worden. In Brackel fällten die Franzosen im Stadtwald 50 starke Eichen und transportierten sie ab. In Bochum beschlagnahmten die Franzosen die Kreis- und Postkassen. In der Kreisstadt füllten ihnen 3 Millionen Mark in die Hände. Gelsenkirchen wurde gestern morgen mit Tanks und Kavallerie besetzt, die Schutzpolizei für aufgelöst erklärt und auf Lastautos in Richtung Haltern abtransportiert. Die Schutzpolizei ist von einem französischen Bataillon besetzt. Der Polizeipräsident Steller ist ausgewiesen worden. Der feinerzeit mit ihm zusammen verhaftete und nach Reddinghausen abtransportierte Oberbürgermeister Antoni ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Der Rest der in Bochum festgesetzten Polizeibeamten ist in Richtung Herbest-Dorfen abtransportiert worden. Auf dem Bahnhof Reddinghausen beschlagnahmten die Franzosen gestern 20 Kugeln der in Höhe von 60 Millionen Mark. Einige Betriebsbeamte wurden festgenommen. In Marl wurde gestern der Amtmann ohne Angabe von Gründen verhaftet und nach Reddinghausen abgeführt.

Die Franzosen in Brackel.

(W) Gestern morgen gegen 8 Uhr umstellten 20 französische Soldaten unter Führung eines Offiziers das Amtsgebäude in Brackel. Sie drangen in die Büros des 12. Polizeibezirks ein. Ein Zivilist mußte befehlsgemäß die Schranke und Schlußbänke gewalttätig öffnen. Als dann durchstürzten die Franzosen sämtliche Alken. Der Vorsteher des Bezirkes, Polizeioberwachmeister Eid, der gegen das Gebahren der Franzosen Einspruch erhob, wurde von dem französischen Offizier als „deutsches Schwein“ bezeichnet. Da er sich diese Beleidigung verbat, ließ ihn der französische Offizier festnehmen und abführen. Nachdem die französischen Eindringlinge sich 2 Stunden lang im Polizeibezirk aufgehalten hatten, zogen sie unter Mitnahme von Altematerial ab. Ueber den Verbleib Eids ist bisher nichts bekannt.

Französische Justiz.

(W) Vom französischen Militärgericht in Castrup sind folgende deutsche Staatsangehörige verurteilt worden: Amtmann Panitz vom Amt Mengede wegen Nichterfüllung militärischer Requisitionsbefehle zu 2 Monaten Gefängnis, 200 000 Mark Geldstrafe, Bahnhofsinспектор Bräge vom Bahnhof in Schanforth zu 14 Tagen Gefängnis, weil ein Lokomotivführer nach einem vollbeladenen Kohlenzug ins unbefestete Gebiet gefahren hatte, Direktor Hüfing, der dem Befehl, vor dem französischen General zu erscheinen, nicht nachgekommen war, zu 100 000 Mark Geldstrafe, Polizeinspektör Schütte in Hammelburg zu zwei Monaten Gefängnis, weil er die von der Bevölkerung eingesammelten Waffen nicht an die Franzosen abgeliefert hatte, Polizeikommissar Wütke aus Dortmund wegen Nichtgrüßens eines französischen Offiziers zu einem Monat Gefängnis, Landjäger Wieden aus dem gleichen Grunde zu einem Monat Ge-

fängnis, Landjäger Neumeier aus Mengede aus dem gleichen Grunde zu 20 Tagen Gefängnis, Bergschaller Duermeier wegen Abtreibens eines französischen Patates zu 14 Tagen Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe.

Wegen Nichtgrüßens wurden vom Kriegsgericht in Bredebach verurteilt: Polizeileutnant Hermann zu einem Monat Gefängnis und 250 000 Mark Geldstrafe, Polizeileutnant Weidmann zu drei Monaten Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe, Wachtmeister Totten zu 6 Monaten Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe, fünf andere Polizeiwachtmeister zu je 8 Tagen Gefängnis und 200 000 Mark Geldstrafe.

Der Verwalter der holländischen Forsten in Duisburg, Forstmeister Berg, ist vom belgischen Kriegsgericht zu acht Tagen Gefängnis verurteilt worden die durch die Untersuchungshaft verbüßt sind.

Sonntag haben die Franzosen den Bahnhof Scher bei Hattingen besetzt. Die Verkehrsstraße ist außerordentlich gesperrt. Die Personen- und Güterzüge erleiden bedeutende Verspätungen.

Die gegenwärtige deutsche Kohlenlage.

Eins kann man der französischen Propaganda nicht abstreiten, das ist ihre Rührigkeit. Aus jeder Warte sucht sie Hörtz zu faugen und jede Nachricht für ihre Zwecke auszunutzen. Auf Genauigkeit und Wahrheit kommt es dabei weniger an. Seit einiger Zeit verbreitet sie in ihrer Presse und im Auslande eine durchwegs falsche Darstellung der deutschen Kohlenlage. Die Franzosen knüpfen an die Tatsache an, daß trotz der Kohlenblockade im Ruhrgebiet noch nirgends in Deutschland Betriebs-einstellungen vorgenommen werden brauchten, und daß von der deutschen Presse selbst die Kohlenlage Deutschlands im gegenwärtigen Augenblick als keinesfalls verzweifelt geschildert worden sei. Sie zogen daraus den Schluß, daß die früheren Angaben über die Unmöglichkeit, den Reparationsverpflichtungen nachzukommen, unwahr gewesen wären. Wie liegen nun die Dinge in Wirklichkeit?

Die Kohlenlage Deutschlands ist gegenwärtig in der Tat verhältnismäßig günstig. Deutschland hat in den Monaten August bis Dezember vorigen Jahres nicht weniger als 6 537 000 Tonnen ausländischer Kohle aus hochvalutarischen Ländern eingeführt, von der die Eisenbahnverwaltung etwa die Hälfte erhielt. Es war daher möglich, die Kohlenbestände der Eisenbahn zu schonen und einen Vorrat für über 4 1/2 Monate anzuhäufen. Anfang Januar besaß die Eisenbahn noch 2 200 000 Tonnen, woraus folgt, daß nicht nur der gesamte Kohlenvorrat aus eingeführter Kohle bestand, sondern auch zum laufenden Betrieb noch ausländische Kohle verwendet worden war. Die milde Witterung, mit der ein günstiger Wasserstand einherging, hat eine größere Benutzung der Wasserwege gestattet und damit eine Erparnis von Kohlen für den Eisenbahntransport. Auch der Hausbrandbedarf war bisher bei den nicht übermäßig kalten Wintermonaten bis Anfang Februar gering. Weiterhin haben die Einschränkungen in Personen- und Frachtverkehr als Kohlenparnähme schon sehr Bedeutung. Während der ersten Wochen der Ruhrbesetzung konnten wir zudem die Kohle, die sonst für Reparationsrechnung nach Frankreich und Belgien ging, restlos Deutschland zuführen. Aus diesen Tatsachen erklären sich die gegenwärtigen deutschen Kohlenvorräte. Die französischen Propagandisten zurückzuweisen.

Reichskanzlerbesuch in München.

(TU) Der Reichskanzler Dr. Cuno wird am Montag vormittag 8.30 Uhr mit dem fahrbahnfähigen Zuge in Begleitung der Reichsminister Gießer und Stöckel und des Staatssekretärs Mann, sowie des bayerischen Gesandten in Berlin, Dr. v. Preger, in München eintreffen. Nach der Begrüßung durch die bayerischen Minister und Behörden wird der Reichskanzler dem Gesamtministerium im Winterthurn des Neuenberger Hofes einen Besuch abstatten. Hieran reiht sich ein Besuch beim Landtagspräsidenten, wobei auch die Führer der Landtagsfraktionen zugegen sein werden. Von 12 bis 1 Uhr ist ein Besuch beim Staatsrat in München, mittags 1 1/2 Uhr findet ein Frühstück beim Ministerpräsidenten v. Kallsting statt. Im Laufe des Nachmittags folgen dann Besprechungen und Besuche, u. a. bei Kardinal Faulhaber, dem Apostolischen Nuntius Mgr. Parcell, sowie dem Evangelischen Kirchenpräsidenten v. v. Abends veranstaltet das Gesamtministerium im Saal des alten Rathauses einen größeren Empfang. Der Reichskanzler wird München am Dienstag, den 6. März, vormittags 8 Uhr, mit dem fahrbahnfähigen Zuge wieder verlassen und sich nach Stuttgart begeben.

Westfalen und Rheinland.

Stadtverordneten-Sitzung.

Kamen, 1. März. In der Sitzung am Donnerstag führte Herr Direktor Hufmann den Vorsitz. Anwesend waren 24 Mitglieder der Magistrat vertreten die Herren Beigeordneten Siegler und Stadtrat Weidemann. Das Protokoll führte Herr Stadtratordner Hufmann.

Die Verhandlung des neuverwählten Schriftführers Hufmann mußte verschoben werden, da derselbe erkrankt ist.

Zwei Vorlagen des städtischen Betriebsvertrages forderte eine

Anleihe von 50 Millionen Mark.

Davon werden 20 Millionen Mark für die Errichtung einer Zementfabrik und für den Ausbau des 4. Ofens auf der Gasanstalt, in dem die Metallen fehlen, Betriebsausgleich und Magistrat haben dieser Vorlage zugestimmt und Herr Direktor Hufmann betont, daß eine Zementfabrik ein äußerst rentables Unternehmen sei, sodaß der Anleihebetrag in 2-3 Jahren zurückgezahlt werden könne. Der Ausbau des 4. Ofens sei nötig, um eine Zementfabrik zu haben. Dieser Vorlage wurde zugestimmt und die 20 Millionen-Anleihe genehmigt. Die zweite Vorlage forderte 30 Millionen Mark, die für die Anlegung einer Kohlenbahn auf der Gasanstalt Verwendung finden sollten. Infrage kommen vorläufig nur englische Kohlen. Die Frage der evtl. Besetzung spielt eine Rolle in den Beratungen. Herr Beher hält es für unbedenklich, sobald Geld in Kohlen zu fließen, die man bei evtl. Besetzung nicht zu sehen bekomme. Der Gaspreis sei heute schon hoch genug ohne die teureren englischen Kohlen. Herr Ruppertschlag bemerkt, daß vor solchen Emissionen über so wichtige Fragen mehr in die Öffentlichkeit kommen müsse. Die Bürgerchaft müßte vorher durch die Presse unterrichtet werden, wie das in anderen Städten auch geschehe. In der Bürgerchaft seien noch viele Mängel vorhanden, die bei solchen Fragen mit Rat und Tat zur Seite stehen könnten. Herr Beigeordneter Siegler weist darauf hin, daß die Vorlage so spät einging, daß der Magistrat nicht mehr dazu Stellung nehmen konnte. Herr Strelniski hält es doch für sehr zweckmäßig zu überlegen, ob die Vorlage ganz abzulehnen sei. Alle Städte hätten eine Kohlenreserve. Stadtrat Weidemann spricht sich gleichfalls für die Vorlage. Herr Jacoby beantragte, den Betriebsausgleich zu ermäßigen, nach nachträglicher Prüfung die Anleihe anzunehmen und auszugeben. Dafür waren die Stadtverordneten. Die Stadt ist Eigentümerin des Hauses Kämmerstraße 11 (ehemaliger Scherberg). Herr Grebel möchte das Haus erwerben und hat ein Kaufgebot von 60-60.000 Mark gemacht. Der Magistrat hat dem Angebot nicht zugestimmt und empfiehlt öffentliche Versteigerung. Herr Strelniski ist gegen die Vorlage, da er dafür ist, daß die Stadt soviel wie möglich Grund- und Boden erwirbt. Der Magistrat trieb Bücher, denn er habe das Haus für 140.000 Mark erhalten und jetzt seien ihm 60.000 Mark nicht genug. Herr Ruppertschlag zählt demgegenüber die Aufwendungen für das Haus auf, die die Reparaturen usw. erforderten, z. B. 30.000 Mark für eine Dachreparatur. Herr Eggert ist gleichfalls gegen den Verkauf, während Herr Jacoby betont, daß die Stadt mit dem Haus, nie etwas Gutes anfangen könne. Herr Siegler bemerkt zu den Ausführungen des Herrn Strelniski, daß die Stadt nicht mit dem Verkauf gekommen sei, man habe nur den Stadtverordneten das Kaufangebot nicht vorenthalten wollen. Herr Scharsenberger begrüßt den Verkauf, da er evtl. neue Wohnungen aufstele, die alt und ungeeignet sind. Nachdem noch die Herren Hufmann, Eggert, Jacoby und Herr Schorn gegen den Verkauf gesprochen, stimmte die Hälfte der Stadtverordneten für und die andere Hälfte gegen den Verkauf. Die Stimme des Vorsitzenden gab den Ausschlag und dieser entschied sich für den Verkauf.

Im Nachtragshaushaltplan

war ein Selbstbetrag von 35 Millionen vorgesehen, der Finanzausschuß hat diese Summe jetzt auf 24 Millionen herabgesetzt, weil noch die Summen vom Reich zu erwarten seien. Die an Unschaffener, Reichseinkommensteuer der Grundbesitzer, 14.000 Prozent Grundsteuer, 6.000 Prozent Gebäudesteuer, 8.100 Prozent Gewerbesteuer und 8.100 Prozent Betriebssteuer, 9.640.000 Mark soll die Kopfsteuer aufbringen. Der Vertreter von Handel und Gewerbe gab zu diesen Sätzen seine Zustimmung. Die Landwirtschaft aber wandte sich gegen die hohe Belastung. Herr Strelniski erklärte namens seiner Fraktion, daß dieselbe Gegenstand der Vorlage sei. Sie könne nur zustimmen, wenn der ganze Selbstbetrag einschl. desjenigen aus dem Vorjahre weggestrichen würde. Er habe die Befürchtung, daß Grund- und Haussteuer, sowie Handel und Gewerbe zu stark belastet würden, denn diese Belastung würde doch die Allgemeinheit wieder abgewälzt. Dem noch Zuschläge zur Reichseinkommensteuer, die man sich entgehen lassen. Es dürfe nicht über so kommen, daß Leute mit umfangreichem Einkommen nur 6 Mark jährlich an Einkommensteuer zahlen. Herr Ruppertschlag hält Herrn Strelniski vor, daß er mit Anwendung von viel Lungenart plausibel machen wollte, daß es nicht richtig sei, mit einem Defizit in das neue Etatsjahr zu treten. Früher habe er (H.) dieses auch geglaubt, heute sehe er auf einem anderen Standpunkt. Hedner wirft der sozialdemokratischen Fraktion vor, daß sie fast jeder Vorlage zugestimmt hätte und dadurch den gewaltigen Selbstbetrag schaffte. Die Steuern auf die Allgemeinheit abzuwälzen, sei dem Handel und Gewerbe nicht möglich, weil die Geschäftswelt doch nicht wüßte, was sie an Steuern für vergangene Zeit aufzubringen hätte. Herr Müller glaubt aus Strelniskis Worten den Vorwurf der Steuerdrückerei gegen die Kaufmannschaft gehört zu haben. Den Vorwurf wolle er zurück. Der ordentliche und rechtmäßige Kaufmann wisse heute noch, was er dem Staat zu geben habe. Herr Strelniski entgegnete dem Vorrede, daß

zu einer Bewilligung einer Vorlage nicht eine Majorität gehöre und die sozialdemokratische Fraktion sei doch in der Minorität. Also müßten doch auch die bürgerlichen Stadtverordneten mit der sozialdemokratischen Fraktion für Vorlagen gestimmt haben. Den Gewerbetreibenden habe er keinen Vorwurf in Bezug auf Steuerdrückerei machen wollen, da er den heutigen schweren Stand der Gewerbetreibenden ebenso gut kenne wie Herr Müller. Nicht Gewerbetreibende, das betont Herr Strelniski besonders, habe er damit gemeint, sondern eine bestimmte Klasse, die gern die Zuschläge zur Reichseinkommensteuer wieder kommen sehe, um sich besser drücken zu können bei der Steuerzahlung. Darauf wird der Nachtragshaushalt entsprechend der Magistratsvorlage angenommen.

Um die Kopfsteuer-Summe von 9.640.000 Mark herauszubekommen, erhält die Gewerbe-Steuer-Ordung einen Nachtrag. In

Kopfsteuer für Betriebe sind zu zahlen bis 100 beschäftigte Personen je 600 Mark, von 101-200 beschäftigte Personen je 900 Mark, von 201-500 beschäftigte Personen je 2000 Mark, weitere 700 beschäftigte Personen je 3500 Mark, weitere 800-2000 beschäftigte Personen je 5500 Mark, übersteigende Anzahl je 7200 Mark. Dieser Vorschlag wurde zugestimmt.

Die Hundesteuer-Ordung

erhält einen Nachtrag; danach sind für den 1. Hund 1000 Mark, für den 2. Hund 2000 Mark, für den 3. Hund 4000 Mark, jeden weiteren Hund 6000 Mark, und an Zwingersteuer 4500 Mark zu zahlen. Im übrigen bleibt die alte Ordnung bestehen, die alleinwohnenden Personen resp. alleinwohnenden Geschäften Begünstigungen sichert. Herr Jacoby macht darauf aufmerksam, daß die Verordnung betr. das Herumlaufen der Hunde sehr verhängnisvoll worden sei, sodaß von der ganzen Bevölkerung abgesehen, aus diesem Grunde schon mancher seinen Hund abschaffen würde. Der neuen Ordnung wurde darauf zugestimmt.

Der Stadtkasse soll bei der Sparkasse ein Kontokorrentkredit von 25 Millionen eingeräumt werden.

In letzter Zeit wurden in den verschiedenen Teilen der Stadt Einfuhrzölle zur Abdeckung der Straßenreinigungskosten erhoben. Das Bauamt fordert jetzt 6 neue Räder an, die fast 1/2 Million kosten. Die baldige Beschaffung ist nötig, da die ohnehin vorhandenen Räder nicht allein eine Gefahr für die Passanten sondern auch eine Gefahr für den Geldbeutel der Stadt bedeuten. Der Antrag soll dem Bürgermeister vorgelegt werden, wobei aber die Qualität der Anschaffung geben soll. (Hofentzug) legt die Stadt nun die Kosten sämtlicher Räder den gestellten Rädern der Räder und den Rädern auf. (H. d.)

Der Friedhofsgärtner Godel wird nach Gruppe 7 befördert, erhält außerdem aber für die Totengrubenarbeit 20.000 Mark. Damit kann er nicht auskommen und der Magistrat beantragt, ihm 5 Prozent des Anfangsgehaltes von Gruppe 7 zu geben, das macht für Februar 12.937 Mark. Der Vorlage wurde zugestimmt, desgleichen dem Magistratsbeschl. der dem Desinfektor Wörwig 5 Prozent des Anfangsgehaltes von Gruppe 3 zuzusetzen.

Das Probegeld der Stadtkasse ist am 25. Februar abgelaufen. Mit diesem Tage wird Herr König festgesetzt und das Bedienstetenkriterium mit dem 1. 1. 19 festgesetzt.

Die Herren Althoff (Stadtkasse) und Althoff (Friedhofsgärtner) wurden in Vorkandidaten gegeben. Der Herr Vorsteher bemerkt, daß beide Herren von den Vorgesetzten wegen ihrer Tätigkeit sehr gelobt wurden, es erhebe sich aber die Frage, ob man die Beamtenstellen vermehren solle. Beigeordneter Siegler bemerkt, daß Herr Althoff den Kassierer auf der Stadtkasse nur als Beamter rechtmäßig vertreten könne. Bei A. sei das selbe der Fall. Eine Erhöhung des Gehalts fände augenblicklich nicht statt. (Zurück: Entlohnung) Herr Müller ist dafür, daß die jungen Leute bald eingestellt werden, das erzeuge mehr Eifer und andererseits erhalte man die tüchtigen Kräfte der Stadt und hindere sie an dem Ausweichen aus der hiesigen Stellung. M. empfiehlt, die beiden Vorgesetzten als Beamte anzustellen. Herr Strelniski hat nichts gegen die Beförderung, möchte den neuen Beamten jedoch mit auf den Weg geben, daß sie für das Publikum und nicht das Publikum für sie da ist. Ein besonderer Fall gebe ihm zu dieser Mahnung Veranlassung. Dem Magistratsbeschl. wird darauf zugestimmt.

Die Fahrrentenabgabe für die Polizeibeamten und den Postmeister W. A. L. Haus wird von 300 auf 3000 Mark erhöht. Der Magistrat macht davon Mitteilung, daß er die Herren Lehrer A. Jacoby und G. Crämer zu Konrektoren gewählt hat.

Für die Sozialisten

gibt das Reich 88000 Mark, wenn die Stadt 1/2 dazugibt. Die entsprechende Summe von 17.600 Mark wird darauf bewilligt.

Der Magistrat teilt mit, daß er auf die Anwesenheitsgelder für städt. Kommissionsmitglieder usw. verzichtet. Auch die Stadtverordneten legen hierauf keinen Wert und verzichten auf die Auszahlung ab 1. Januar d. Js. rückwirkend.

Die neuen Sparkassensatzungen, die der Magistrat und der Sparkassenvorstand genau prüfte, fanden debattelose Annahme.

Die Baumplanungen auf dem Marktplatz blieben seit langer Zeit ein Streitobjekt zwischen den Marktanliegern und der Stadtverwaltung, die seinerzeit beschloß, die Anlage mit 40 Prozent der Kosten heranzuziehen = 1100 Mark (einhundert). Die Anlieger erhoben dagegen Einspruch, der Bezirksausschuß hat den Einspruch lange Zeit zurückgestellt, um das Ergebnis abzuwarten, das die Anlieger der Bänkerstraße mit ihrem Einspruch erzielten. Im letzteren Falle hat die Stadt vorläufig gesiegt und würde wahrscheinlich auch gegenüber den Marktanliegern Erfolg haben. Trotzdem hat der Magistrat auf die Einlegung der Kosten verzichtet, anscheinend weil die Summe doch zu geringfügig geworden ist, andererseits, weil den Anliegern ein

weiterer Weg der Beschwerde gegen das Urteil offen steht. Die Stadtverordneten waren gleichfalls für Wiederherstellung.

Aus dem Fluß der Töchter wurde 1. Mantel und 1. Fahrrad und am Gymnasium ein Fahrrad f. St. gestiftet. Die Geschädigten fordern einen Zuschuß von 25.000 und 20.000 für die Räder und 18.000 für den Mantel. Die Verf.-Gesellschaft „Wilhelma“ lehnt eine Entschädigung ab. Der Magistrat hat die Summe den Geschädigten angeboten und diese haben sich damit zufrieden gegeben. Allgemein entsteht die Frage, wann denn die „Wilhelma“ eigentlich zahle. Anscheinend sei die Stadt nur dazu da, die Beiträge für die Versicherung zu zahlen, im Notfall verlege aber die Versicherung. Die Vorlage geht an den Magistrat zurück, dieser soll nochmals mit der „Wilhelma“ in Verhandlungen treten. In den Schulen wurden jetzt Plakate aufgehängt, die darauf hinweisen, daß die Stadt nicht für aufgestellte Fahrräder haften.

Vor einiger Zeit wurde eine Schulkasse auf den Sportplatz geführt. Der Schüler R. H. phius kam, als er einen Fußball wiederholen wollte, einem auf dem Platz grassierenden Pferde zu nahe. Das Pferd schlug aus und der Schüler erhielt einen Tritt gegen die Stirn. Dem Vater entstanden erhebliche Kosten. Er fordert von der Stadt aber nur 1400 Mark, die der Magistrat der Kasse überweisen möchte. Die „Wilhelma“ lehnt auch hier die Zahlung ab, andererseits muß die Stadt aber Zahlung leisten. Für Herrn Althoff ist es interessant zu erfahren, was die „Wilhelma“ eigentlich an Prämien erhält. (In der nächsten Sitzung wird der Magistrat Mitteilung machen.) Er kann über 2 Unfälle in der Turnhalle berichten. Obwohl alle Vorkehrungsregeln getroffen wurden, lehnte die Verf.-Gesellschaft auch hier die Zahlung ab. Mit Rücksicht auf die geringfügige Summe wurden die 1400 Mark bewilligt, die Summe steht der „Kasse“ zu.

Für die Falschenabgabe

ist eine neue Maschine angeschafft worden. Die bisherigen Sägen wurden erhöht und zwar wird für ein 1000 Mark und bei Waffersäge 2000 Mark erhoben. Bei kleineren Sägen wird jedes Maß als voll gerechnet. Herr Althoff hofft, daß nun auch die Schulen bei der Falschenabgabe die nötige Verbilligung finden. Von der Falschenabgabe konnte er aus früherer Zeit ein Mitglied anstellen. Gegen die Falschenabgabe von Luftlinien in der Stadt niedermarkt fand sich nichts zu erinnern. Es handelt sich um die neue Bergmannsleitung, die dort liegenden Straßen erhielten die Namen „Meerstrand“, „Steinacker“ und „Am Wall“.

Beförderungen von städtischen Beamten.

Der Magistrat hat dem Antrag des Stadtkassendirektors K. n. a. auf Erhöhung in die Gehaltsgruppe 10 zugestimmt. Ferner wurde der Sparkassenkassier K. n. a. entsprechend einer bei der Anleihe gegebenen Zusage in Gruppe 9 und der Sparkassenkassier K. n. a. in Gruppe 7 gehoben, weil die Tätigkeit der Kasse letzterer derart in Anspruch nimmt, daß er nicht die Zeit gewinnt, um sich für die 2. Prüfung vorzubereiten. Da schon 2 Sparkassenbeamte die Beamtenkategorie besaßen, kann Herr K. n. a. als 3. nicht befördert werden. Die Beförderung der 3. K. n. a. wurde auf 2 Jahre zurückgestellt. Diesen bei Beförderungen-gaben die Stadtverordneten ihre Zustimmung.

Herr Eggert macht darauf darauf aufmerksam, daß man sich in jeder Sitzung mit Beamtenbeförderungen und Entlohnungen in höhere Gehaltsgruppen zu befassen habe. Die Beförderung wolle er in vorliegenden Fällen nicht ablehnen, ohne Frage würden demnach aber noch weitere Anträge auf Beförderungen kommen, vielleicht auch mit großem Recht. Es sei von den Herrn Bürgermeistern Dr. Wiesner und Stadtkassendirektor Cordes betont worden, daß man den sogenannten „gelben“ Takt haben müsse, um endlich Ruhe und Zufriedenheit in die Beamtenkategorie zu bringen und um den Beamtenlöhnen zu befriedigen. Die Folge sei das Gegenteil gewesen, fast jede Sitzung brachte neue Anträge. Die städtischen Beamten in unserer Stadt seien sehr unzufrieden, weil vielfach viel viel ältere Beamte 2-3 Gehaltsgruppen niedriger ständen als die Kommunalbeamten. Für letztere möge man eine bestimmte Skala schaffen, damit endlich die ewige Antragsteller aufhöre. Die Beamten müßten nicht glauben, daß die Zustimmung zu den beantragten Beförderungen stets leichten Herzens geschehe. Nicht rückwirkend sollten die erhöhten Sätze gezahlt werden, sondern ab 1. Januar 1924 und das dadurch ersparte Geld den 6 Kriegerwitwen zur Verfügung gestellt werden, von denen z. B. eine Witwe mit 2 Kindern monatlich 27.000 Mark erhalten. Da diese 6 Witwen für die Kohlen den vollen Preis zahlen müssen, gehen drei Monatsentlohnungen auf einen Kasten Kohlen. Demgegenüber müsse festgestellt werden, daß in der Stadtverwaltung mehrere weibliche Angestellte seien, unverheiratet, die keine Kohlen kaufen brauchen und ein Gehalt von monatlich 157.000 Mark beziehen. Herr Direktor Hufmann bemerkt zu der Anregung Eggert, daß die Kohlenfrage für die Kriegerwitwen eine andere Erledigung finden würde, Schritte seien schon gemacht in dieser Richtung. Herr Althoff bemerkt zu den Beförderungen, daß bei der Stadt mehrere Beamte in Gehaltsgruppe 9 und höher seien, demgegenüber müsse festgestellt werden, daß bei der Post nur zwei Beamte in Gruppe 9, beim Gericht kein Beamter in Gruppe 9 und bei der Bahn kein Beamter in Gruppe 9 sei. Solche Einstufungen wie bei der Stadtverwaltung könne man den Steuerzahlern gegenüber nicht verantworten. Herr Eggert macht seinen Antrag zurück, wenn das ersparte Geld nicht den Witwen zugesetzt werden kann. Es wird darauf ein Antrag Strelniskis angenommen, nach dem die Beförderungen von 1. April 1923 an gelten.

Eine Grund- und Gebäudesteuer in Höhe von 191,52 Mark wird niedergeschlagen und dem Magistratsbeschl. beigetreten, der den

Ankauf eines Hauses vom Volzen.

Beifolger vorkommt. Der Preis ist 10.000 Mark.

Ein weiterer Magistratsantrag fordert die

Umbenennung von Schulen.

So soll die Auguste Viktoria-Schule fortan „Kaiser-Schule“ und die Wilhelm-Schule fortan „Dietrich-Schule“ heißen. Der Herr Vorsteher bemerkt zu solchen Befehlen, daß sie nichts einbringen, aber viel Geld kosten. Herr Eggert fragt an, was die Kaiserin Auguste Viktoria denn Böses getan habe, daß man die Schule umbenennen müsse. Ob der Regierungspräsident König denn auch seinen Namen geändert habe. Auf eine Anfrage Jakob, wer die Anregung zu dem Beschluß gegeben habe, antwortet der Vorsteher, daß die Verammlung der sozialdemokratischen Partei den Antrag gestellt habe. Als Grund wurde angegeben: Verbilligung der sozialdemokratischen Arbeiterchaft. Mit einigen bürgerlichen Stimmen erhält der Magistratsbeschl. eine Mehrheit. Herr Strelniski bemerkt nach der Abstimmung, daß andere wichtige Gründe für den Antrag sprechen. Herr Eggert bemerkt, daß man diese wichtigen Gründe der Verammlung vorenthalte hielt.

Einem Antrag des Bauamtes auf

Preisermäßigung der Erbsengründe

wurde zugestimmt.

Herr Direktor Hufmann gibt zum Schluß eine Erklärung ab, die die Befestigung der Feste Monopol an der Aktion der Notgemeinschaft der Stadt Kamen betrifft und sich gegen Vorwürfe wendet, die in einer Sitzung des verstärkten Wohlfahrtsausschusses der Regenverwaltungen gemacht wurden. Herr Direktor Hufmann weist auf den Artikel in der Kamenener Zeitung vom 24. Februar hin, der sich mit der Kleinrentnerfürsorge befaßt und in dem ein Vergleich gezogen wird zwischen den in Kamen und Kamen aufgebracht Summen. Hedner bemerkt dazu:

Da der Artikel einen offiziellen Charakter macht, möchte ich nicht verschämen, die Kamenener Bürgerchaft gegen den vertriebenen Vorwurf der geringen Beteiligung an dem allseitig als gut anerkannten Werke zu verteidigen. Jedem mit den Verhältnissen Vertrauten muß es ohne weiteres klar sein, daß das Verhältnis von 760.000 Mark (Kamen) zu 2.000.000 Mark (Kamen) der tatsächlichen Lage entspricht. Man braucht hierbei nur die vielen blühenden industriellen Werke und die auf einem reichen Hinterland basierenden großen Geschäfte Kamen zu berücksichtigen. Andererseits kann man sich aber über die Verhältnisse, wie sie in dem Artikel geschildert sind, nicht wundern, wenn man berücksichtigt, daß in Kamen gerade, wie überall in den nördlichen Bäderlande, einer dem anderen in den Rücken fällt. So ist in der Sitzung der Kamenener Notgemeinschaft am 2. Februar 1923 eine sehr abfällige Kritik an der Beileuer der Feste von einer Seite geübt, die allerdings an sich über solche Sachen nicht unterrichtet zu sein scheint, der es aber ein leichtes gewesen wäre, sich die nötigen Unterlagen zu beschaffen. Da die Angelegenheit außerhalb der Tagesordnung lag und mehr einen privaten Charakter trug, erscheint mir die Schweigepflicht der Kommissionsmitglieder nicht gegeben, weshalb ich die Öffentlichkeit aufhebe. Es ist beauptet worden, daß die Feste mit ihrer kleinen Kasse von 100.000 Mark die ganze Kamenener Notgemeinschaft Scheltens gebracht habe. Diese Behauptung beweist eine vollständige Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Seitens der Arbeiterchaft war angeregt, eine Uebernahme zu verfahren und den Verdienst für die Stunde seitens der Feste einzubehalten. Die Feste sollte alsdann den gleichen Betrag zur Nothilfe zahlen. Auf diesen Vorschlag konnte die Feste nicht eingehen, da sie aus rechtlichen Gründen nicht befugt ist, einen Teil des Lohnes, selbst mit Zustimmung des Empfängers, einzubehalten. Dieser Grund hat auch den Regenverband bewogen, vor dem angegebenen Verfahren zu warnen, jedoch als sämtliche Rechnungen abgelehnt haben dürften. Der Arbeiterchaft wurde daher anheingestellt, in freier Sammlung Beiträge einzulegen. Hierbei ging die erfreuliche Summe von annähernd 9.000 Mark von der Beileuer der Feste an. Größte ein. Von der G. V. A. W. wurden daraufhin 100.000 Mark der städtischen Nothilfe überwiesen. In Wirklichkeit hat genannte Gesellschaft für die Feste Monopol 64.950 Mark zu Nothilfe zwecken zur Verfügung gestellt. Hieron sind, wie schon gesagt, 100.000 Mark der Stadt Kamen, die gleiche Summe dem Amt Kamen überwiesen, 42.950 Mark zur Verteilung durch die eigenen Fürsorgereinen zurückgestellt und 600.000 Mark zur Befestigung von Wadefels für die in diesem Jahre, wie im Vorjahre, wieder vorgelegenen Baderen für Kinder Minderbemittelte verwandt worden. Die geringe Sachkenntnis des Angreifers in erwähneter Sitzung wird aber dadurch ersichtbar, daß er annimmt, daß mit diesen Mitteln die Beileuer der G. V. A. W. beschafft sei. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß die gesamten Vermögensgegenstände, also auch die G. V. A. W. schon eher praktische Nothilfe betrieben haben, als diese in die Öffentlichkeit trat. So werden gegenwärtig jedem Jahre 100.000 Mark, jeder Witwe 7000 Mark, jedem Kind 3000 Mark, Renten, Zuschüsse, und für jeden Sterbefall 30.000 Mark Beihilfe gezahlt, die lediglich aus Vermögensgegenständen aufgebracht werden, weil der Ansparschaftsverein keine gesetzliche Grundlage besitzt, die Mittel für Pensionsrückstellungen durch Beiträge aufzubringen. Diese Zahlungen bedeuten für „Monopol“ eine jährliche Ausgabe von rund 72.000.000. Dazu kommen an Ausgaben für laufende und einmalige Unterhaltungen, die sich im Jahre auf 6.130.240 Mark stellen. Ferner werden verausgabt für Baderen und sonstige Wohlfahrtszwecke 35.499.370 Mark jährlich, so daß sich also insgesamt die Summe von 124.472.560 Mark ergibt, die nach dem heutigen Stande jährlich von der Feste Monopol für Zwecke der Nothilfe aufgebracht wird. Direktor Hufmann glaubt zum Schluß beweisen zu haben, wie ungerechtfertigt die feinerzeitigen Angriffe auf die Feste gewesen sind, möchte aber weiterhin betonen, daß es sehr wenig im Interesse der Allgemeinheit läge, derartige Angriffe zu wiederholen, denn schließlich müßten die ausbringenden Gelder nur nach eigenem Ermessen zu verteilen und nicht mehr den Stadtverwaltungen z. zuzuwenden.

Der Dezerent für das Wohlfahrtswesen in unserer Stadt. Herr Stadtrat Weidemann.

